

## Kurzbericht

### Ausschuss für Inneres und Sport

(48. - öffentliche - Sitzung am 22. August 2024)

#### Tagesordnung:

1. **„Mobile Schwimmcontainer“ in Niedersachsen aufstellen - Schwimmfähigkeit von Kindern umgehend verbessern!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3364](#)

Der Ausschuss führt zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Kreissportbund Düren e. V.
- LandesSportBund Niedersachsen e. V.
- DLRG Landesverband Niedersachsen e. V.
- Landesschwimmverband Niedersachsen e. V.

2. **Willkommenszentren einrichten - Kräfte und Ressourcen bündeln, klare Perspektiven schaffen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
[Drs. 19/2238](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und beschließt einstimmig, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag in der Nachmittagssitzung am 17. Oktober 2024 durchzuführen.

3. **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/534](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

4. **Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen verhindern - erkannte Gesetzeslücken unverzüglich schließen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4566](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Im Zuge dessen nimmt er die Einbringung des Antrags durch eine Vertreterin der Fraktion der CDU entgegen. Diese beantragt zudem eine Abstimmung des Antrags. Einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgend, beschließt der Ausschuss einstimmig, die Landesregierung stattdessen zunächst um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

5. **Sozialbetrug mit Scheinvaterschaften stoppen - Gesetzeslücken schließen - Verfahren endlich effektiv gestalten**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/3980](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Die Fraktion der AfD beantragt, die schriftliche Unterrichtung des inhaltlich ähnlichen Antrags der Fraktion der CDU in der [Drs. 19/4566](#) (Tagesordnungspunkt 4) abzuwarten und die Beratung des vorliegenden Antrags zunächst zurückzustellen. Der Ausschuss folgt diesem Antrag einstimmig.

6. **Ausgestaltung der Bezahlkarte für Asylbewerber in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/4594](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Im Zuge dessen nimmt er die Einbringung des Antrags durch einen Vertreter der Fraktion der AfD entgegen. Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

7. **Niedersachsen ist und bleibt wehrhaft - rechtsextreme Straftaten konsequent bekämpfen und einordnen, Aufklärung über rechtsextremistische Bedrohungen vorantreiben und Sicherheitsbehörden stärken!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3663](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag in der Sitzung am 21. November 2024 durchzuführen und kommt überein, diejenigen Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zu dieser Anhörung einzuladen, die nicht bereits Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Sport sind, sowie den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT zu dem Antrag zu bitten.

8. **Deutschlandflaggen sind nicht bloß „Fan-Artikel“ - Polizeibeamte müssen sich durch öffentliches Zeigen der Nationalflagge zu Deutschland bekennen dürfen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/4574](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig auf Antrag der Fraktion der SPD, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

9. **Umfassende Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung weiter konsequent vorantreiben - IT-Strukturen konsolidieren und Cybersicherheit stärken!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4266](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine weitere mündliche Unterrichtung zu bitten.

10. a) **Mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst - Einsatzkräfte besser und dauerhaft vor Angriffen schützen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/308](#)

b) **Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte wirksam bekämpfen und ihr präventiv begegnen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3037](#)

c) **Randalierer auf den Straßen stoppen - den erneuten Angriffen zu Silvester auf Polizei- und Einsatzkräfte endlich die erforderlichen Maßnahmen folgen lassen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/3400](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig auf Antrag der Fraktion der SPD, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

11. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Ausgang des Disziplinarverfahrens gegen Polizeivizepräsident Uwe Lange**

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Auf Nachfrage berichtet ein Vertreter der Landesregierung, dass besagtes Disziplinarverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Infolge dieser Information zieht die Fraktion der CDU den Antrag zurück und erklärt, zunächst den weiteren Gang des Verfahrens abwarten zu wollen.

12. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5026](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Im Zuge dessen nimmt er die Einbringung des Gesetzentwurfs durch einen Vertreter der Landesregierung entgegen. Er beschließt einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, und plant, mit dem Gesetzentwurf das November-Plenum zu erreichen.

13. **Beschlussfassung über die Einladung der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zur Anhörung am 14. November 2024 anlässlich der Vorstellung des Kommunalberichtes 2024**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu besagter Anhörung einzuladen.

#### 14. Terminangelegenheiten

a) **Beschlussfassung über eine hybride Sitzung am 12. September 2024**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 12. September 2024 eine hybride Sitzung durchzuführen.

b) **Parlamentarische Informationsreise nach Polen**

Der Ausschuss bespricht Terminfragen zu seiner geplanten parlamentarischen Informationsreise nach Polen in der 36. KW.